

29. III. 1916.

Die Spaltung in der Sozialdemokratie

Der Parteiauschuß empfiehlt, daß der Parteivorstand in seiner jetzigen Zusammensetzung die Geschäfte der Gesamtpartei bis zum nächsten Parteitag weiterführt.

(Mit 28 gegen 7 Stimmen angenommen.)

Die Tatsachen, die dem Parteiauschuß bekannt geworden sind, zeigen unzweideutig, daß ein Teil der Parteimitglieder in führender Stellung sich eigene festgefügte Organisationen geschaffen hat, die eigene Beiträge erheben und eigenes Organisationsleben führen mit dem Ziel, die Gesamtpartei zu bekämpfen.

In Uebereinstimmung mit den früher gefaßten Beschlüssen erklärt der Parteiauschuß:

In der deutschen Sozialdemokratie gibt es nur eine politische Organisation. Sonderorganisationen müssen zur Parteierstörung führen. Wer für solche Sonderorganisationen wirkt oder in ihnen Mitglied wird, stellt sich außerhalb der Organisation der Gesamtpartei.

(Mit 30 gegen 6 Stimmen angenommen.)

Da die Abhaltung eines Parteitages zur Erledigung der schwebenden Streitfragen während des Krieges unmöglich erscheint, erachtet der Parteiauschuß es als eine Aufgabe des Parteivorstandes, gegenüber den Sonderbestrebungen alle geeigneten Maßnahmen in Anwendung zu bringen, um die Geschlossenheit der Organisation zu wahren.

(Mit 28 gegen 6 Stimmen angenommen.)

Der Vorstand wird ersucht, eine Darstellung der Ursachen und der Entwicklung, die zur Spaltung der Fraktion geführt haben, schleunigst herauszugeben, damit die Parteimitglieder im Reich Gelegenheit haben, sich in einwandfreier Weise zu informieren.

(Gegen 3 Stimmen angenommen.)

Spaltung auch in der Landtagsfraktion.

Abg. Liebknecht hat bekanntlich am 16. März im Abgeordnetenhaus die Forderung „an die in den Schützengräben, an die im Lande“ ausgesprochen: „sie sollen die Waffen senken und sich gegen den gemeinsamen Feind kehren, der ihnen Licht und Luft nimmt.“ Die Mehrheit der Landtagsfraktion hat darauf den Antrag der Minderheit abgelehnt, zu erklären, daß die Fraktion die Verantwortung für diese, einem ausdrücklichen Fraktionsbeschluß widersprechende Aufforderung ablehne. Nun teilt Abg. Huc in der „Schwab. Tagwacht“ unter der Ueberschrift „Keine politische Gemeinschaft!“ mit, daß sowohl die preussische Landeskommission, als auch — mit 7 gegen 3 Stimmen — die Landtagsfraktion „wegen seiner Bedenklichkeit“ den Passus mit der „Aufforderung“ abgelehnt habe. Huc sagt:

„Trotzdem wiederholte Liebknecht die von der Fraktionsmehrheit abgelehnte „Aufforderung“ im Plenum des Landtags, noch dazu in bedeutend verschärfter Form. Es handelt sich auch nicht um eine allensfalls entschuldbare rednerische Entgleisung, sondern es ist festgestellt worden, daß Liebknecht die betreffende Redestelle wohlüberlegt fein säuberlich in seinem Manuskript formuliert hatte. Es liegt also eine absichtliche, wohlüberlegte Aktion gegen einen Fraktionsbeschluß vor. Daß trotz dieser zweifellosen Feststellung auch die drei Fraktionsmitglieder, welche die Streichung des vorerwähnten bedenklichen Passus mitbeschlossen haben, es nachher ablehnten, jenem Fraktionsbeschluß die gebührende Achtung zu verschaffen, wirft ein grelles Licht auf die Unhaltbarkeit der geschaffenen Situation.“

Huc antwortet darauf mit folgender Aufkündigung der politischen Gemeinschaft an die radikale Mehrheit der Landtagsfraktion:

„Von einer wirklichen Arbeitsgemeinschaft in der Fraktion kann natürlich nach den jüngsten Vorkommnissen nicht mehr die Rede sein. Nachdem unser Versuch, wenigstens in dem zweifellosen Falle des bewußten Zuwiderhandelns gegen einen Fraktionsbeschluß, eine Fraktionsmehrheit für die ausdrückliche Ablehnung der Liebknechtschen Extratouren zu gewinnen, gescheitert ist, bleibt den Genossen, die

auf dem Boden unseres Parteiprogramms stehen und die durch autoritative Parteitagsbeschlüsse vorgeschriebene parlamentarische Taktik einhalten, nichts anderes übrig, als öffentlich zu erklären, sich mit Liebknecht in keiner politischen Gemeinschaft mehr zu befinden.“

Man wird dieser Stellungnahme des Abg. Huc die Folgerichtigkeit nicht versagen können.

*

Ein sozialdemokratisches Urteil über Haase. Abg. Haase hat im „Vorwärts“ erklärt, daß er im Parteivorstand gedrängt worden sei, sofort eine Erklärung über seine Zugehörigkeit zum Parteivorstand abzugeben. Die „Chemnitzer Volksstimme“ bemerkt dazu drastisch: „Haase ist ein merkwürdiger Politiker. Erst läßt er sich wider seinen Willen zwingen, die Erklärung vom 4. August zu verlesen. Dann gelobt er, keine Sonderaktion mitzumachen, und macht sie am nächsten Tage doch mit; und zum dritten läßt er sich gegen seinen Willen zwingen, die Niederlegung des Parteivorstandes anzusprechen. Eine sonderbare Jungfer, die drei Kinder in die Welt setzt und alle drei Mase vergewaltigt sein will!“